



Bauernverband
Mecklenburg-Vorpommern

Themen wie Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Ernährung kommen in der Schule zu kurz. Diese Meinung vertreten der LandFrauen- und Landjugendverband sowie der Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern. Eine Möglichkeit, das zu ändern, sahen die Verbände in einem Angebot des Bildungsministeriums.

50 Millionen Euro zusätzlich

Seit diesem Schuljahr stellt das Land für das Schulsystem jährlich 50 Millionen Euro zusätzlich bereit. Aus diesem Topf werden unter anderem Nachmittagsangebote für Ganztagschulen finanziert. Die Schulen bekommen ein Budget, mit dem sie Angebote von Vereinen und Verbänden in den Schulalltag integrieren können.

Auch LandFrauen-, Landjugend- und Bauernverband können sich an dieser Stelle einbringen. Die anfänglich großen Hoffnungen hätten sich aber nicht erfüllt, bedauert die Vorsitzende des LandFrauenverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Heike Müller. Von zuerst mehr als 200 Schulen mit Bedarf an Nachmittagsangeboten sind gerade einmal 24 übrig geblieben. Ursache ist laut Müller, dass das Land mehr neue Lehrer einstellen konnte als erwartet. Sie können nun auch Nachmittagsangebote für Schulkinder übernehmen.

Das sehen Susanne Werner und Alice Prang vom Landju-

Landwirtschaft sollte Pflichtfach werden

Agrarthemen aber nur als Nachmittagsangebot in Ganztagschulen vorgesehen / Lediglich 24 Schulen haben Bedarf / Große Hoffnungen bleiben unerfüllt



„Sehen, riechen, schmecken“ – Angelika Kuhz, aid-Fachfrau vom KreislandFrauenverband Bad Doberan, bereitet Schüler einer 4. Klasse der Grundschule Bad Sülze auf den Brottest vor. FOTO: PRIVAT

gendverband MV kritisch. Lehrern falle es häufig schwer, Ganztagsangebote umzusetzen und mit sinnvollen Inhalten zu füllen. Viel mehr als Hausaufgabenbetreuung laufe oftmals nicht. Die Landjugend engagiert sich bereits über andere Projekte an Schulen. Daher wissen die beiden Frauen, dass der Bedarf an landwirtschaftlichen Themen bei Kindern aber auch Lehrern vorhanden ist. Der Sachkundeunterricht leiste die nötige Ausbildung nicht, so Susanne Werner, und Schulgärten gebe

es flächendeckend auch nicht mehr. Mit den nun verbliebenen 24 Schulen, die noch Bedarf an externen Kräften haben, wollen die drei Verbände bis Ende Oktober Gespräche führen und herausfinden, ob überhaupt Interesse an einer Zusammenarbeit besteht.

Die Landfrauen wollten eigentlich viel mehr. Sie fordern, dass Ernährungsbildung und Verbraucherschutz verbindlich in die Lehrpläne aufgenommen werden. Mit ihrer Forderung treffen sie offenbar den Nerv der

Menschen. Laut einer repräsentativen Emnid-Umfrage im Auftrag des Vereins Information.medien.agrar kritisiert mehr als die Hälfte der Bundesbürger, dass Agrar-Themen in der Schule zu kurz kommen. 68 % finden es wichtig, dass landwirtschaftliche Themen Pflichtstoff werden. Fragen der richtigen Ernährung sowie der Erzeugung und Herkunft von Lebensmitteln stehen ganz oben auf der Wunschliste der Befragten (16 %). Auf Platz zwei rangiert das Thema Ökolandwirtschaft (13 %), gefolgt vom Umweltschutz in der Landwirtschaft (12 %).

Mehrheit meint: kein realistisches Bild

Die Mehrheit der Bundesbürger (59 %) vertritt zudem die Auffassung, dass im Unterricht derzeit kein realistisches Bild der Landwirtschaft vermittelt wird. Bei den Befragten, die in einem Haushalt mit Kindern leben, fällt dieses Urteil deutlicher aus. Mehr als zwei Drittel zweifeln die Realitätsnähe an.

Für Landfrau Heike Müller eine Bestätigung, ihre Forderung aufrecht zu erhalten. Nun bleibt ihr aber erstmal nichts anderes übrig, als klein anzufangen. „Dann sehen wir, wie es läuft, ob wir mit den Angeboten punkten und sie erweitern können.“ Auch Alice Prang vom Landjugendverband versucht, es positiv zu sehen. „Wir schnuppern rein und können testen, wie die Schulen unsere Angebote annehmen.“ Für Heike Müller ist bereits klar, dort, wo Angebote anlaufen, müssen sie mit guten Leuten und Themen besetzt werden. „Das soll sich rumsprechen.“ CLAUDIA SCHALLA